Die Aktrolier Vorzellanfabrik schüttet laut Bilanz 180 Proz. Dividende aus. Der Profit ist in Wirklichkeit noch viel höher, da die Gesellschaft Aktien ohne Bezahlung herausgegeben hat, die an der Dividende beteiligt sind. Ferner hat die Firma für 6 Millionen Mark Aktien im Tresor, für die sie noch den heutigen Kurs rund 150 Millionen Mark Dividende erhält. Der Profit beträgt tatsächlich mehrere hundert Prozent.

Betriebseinschränkung

Die württembergische Textilindustrie hat sich infolge des Rohstoffmangels zu zeitweisen Betriebseinstellungen genötigt gesehen. Für die nächste Zeit ruht der Betrieb am Samstabend vollständig. Weitere Einschränkungen sind ins Auge gefaßt worden, da sich auch die Bestellungen schon rückläufig bewegen.

Die Ettlingener Kattunmanufaktur A.-G. hat mit einem Aktienkapital von 1,5 Millionen Mark 25 Millionen „verdient“! Aus Textilingen wird gemeldet, daß die größte Schuhfabrik am Platze, eine der größten Süddeutschlands, von dieser Woche an nur vierzehntägig Tage wöchentlich arbeiten läßt.

Wachsende Arbeitslosenzahl

Die früh einsetzende Saisonarbeitslosigkeit, die unsichere Geschäftslage verursachen weiter die Zahl der Arbeitsuchenden, wie das Landesarbeitsamt Rheinprovinz mitteilt. Die um diese Zeit sonst verstärkte Saisonnachfrage des Schuhbedarfsgewerbes hat noch nicht eingesetzt. Die Notlage des graphischen Gewerbes verursachte Buchdrucker, berufsfremde Arbeit zu suchen. Die Textilindustrie schränkt weiter ein, ebenso die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

In der Eisen- und Metallindustrie, im Maschinenbau und im Walzwerk- und Hüttenbetrieb geht die „Konjunktur“ zurück. Die deutsche Eisen- und Stahlaussuhr geht zurück.

Bergbau

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung erließ an die ihm unterstellten Organe eine Bekanntmachung, wonach der Bedarf an ungelernten Bergarbeitern für den Rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau in den letzten Tagen stark zurückgegangen ist und Zuweisungen von Arbeitslosen daselbst nicht mehr erfolgen sollen. Das Überfüllsbetriebsamt hat schon seine sogenannte Wirkung für Kapital und Gewerkschaften. Der Hauptzweck war ja, die arbeitslos gewordenen Proletarier aus dem Bergbau fernzuhalten, damit sie in anderen Industrien beschäftigt werden.

Zimmerhin scheint sich nach den Berichten, daß im Bergbau Menschen aus den überfüllsbetriebe „Selbstschutz“ und sonstiges dunkles Gesindel eingeschmuggelt würden. Der Zweck ist sehr durchsichtig. Bestätigt wird er durch einen Artikel der Bergarbeiterzeitung Nr. 26, worin behauptet wird, daß ehemalige Offiziere in schnellstem Tempo zu Steigern herangebildet werden. Der Bergschulbirektor der Bergschule Bochum bestätigt in der Bergarbeiterzeitung diese Meldung. Unter den Augen der Gewerkschaft werden „Selbstschutze“ der Grubenkarte herangebildet. Alles was die Gewerkschaften bisher unternommen, heißt in der Bergarbeiterzeitung: „Was gedenkt die Bergbehörde zu tun?“

Die Antwort ist nicht schwer. — Die Bergbehörde will dasselbe tun wie die Gewerkschaften und das Kapital: Die Proletarier ihre zu machen, wenn es so weit ist.

Gleitende Preisskala

71 Prozent im September

WTB. Berlin, 5. Oktober.

Infolge der anhaltenden starken Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, ist die vom Statistischen Reichsamt festgestellte Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Nahrungsmittel, Heizung, Erleuchtung und Wohnung) im Durchschnitt des Monats September auf 41 976 gegenüber 7020 im August gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 61,8 v. H. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben im Monat September ist 47 517 berechnet worden. Die Steigerung gegenüber August mit 55,2 v. H. Eine bedeutend stärkere Veränderung ist für die Bekleidungsausgaben festgestellt worden. Die Indexziffer für die Bekleidungsausgaben beträgt für September 29 000 gegenüber 12 371 im Vormonat. Die Steigerung mithin 136,8 v. H. Unter Einschluß der Aufwendungen für Bekleidung berechnet sich die Reichsindexziffer für September auf 13 519. Die Steigerung gegenüber der Augustziffer von 7765 beträgt danach 71,5 v. H.

Aus der Partei

Bericht von der Zentralausschußsitzung

(Schluß)

(Die Ausführungen über „Aufgaben der Partei“ sollten eigentlich am Anfang des Teils des Berichts in voriger Nummer stehen. Wir bitten unsere Genossen, deshalb das Versehen zu berücksichtigen. D. R.)

Aufgaben der Partei

Der Genosse B. hat in seinem Referat ein ziemlich deutliches Bild von der Lage des Kapitals bewußt, als auch von der Arbeiterklasse gegeben. Es ist nicht meine Absicht, über die Aufgaben der Partei in der proletarischen Revolution zu reden, auch nicht über die internationale Krisenlage. Die Frage ist nur, ob wir im ganzen und gemeinsam, die gewaltige Tatsache, die bedeutender Umfang, auf der Tagesordnung. Ich will mich beschränken auf die Aufgaben, die sich aus der momentanen Situation ergeben, für die Partei Deutschland, als auch für die Union.

Die Politik, daß das Proletariat unter sich nicht marschiert, hat uns natürlich nicht hindern, zu sehen, daß immer größere Massen in Bewegung zu ihren Gewerkschaften gerieten. Diese Bewegung findet ihren Ausdruck in der sogenannten Betriebsrätebewegung. Es richtig es ist, daß die ganze Geschichte bei den Proletariern eine Illusion, bei den Bourgeoisien ein Augeltreter Betrug ist, so richtig ist es aber auch, daß der Gegensatz zwischen den Gewerkschaften und den Arbeiterräten sich täglich verschärft. Das Verhältnis zwischen beiden wird verlangen, daß sich Betriebsräte von den Betrieben umgeben, wenn auch die Herren Betriebsräte sich prompt als „Gegenkörperschaft“ konstituieren. Neben der Aufgabe, ganz die schändlichsten Parteien und die verbrecherischen Politiker der Gewerkschaften bloßzustellen, ist es eine der wichtigsten Aufgaben für uns, den Arbeitern vorzumarschieren, daß sie auf dem kleinen Wege sind, von den Betrieben aus und gegen die Gewerkschaften vorzugehen, daß die Arbeiter jetzt noch genügend Zeit haben, die Gewerkschaftsführer aus den Betrieben herauszuschmeißen, daß die Organisation im Betrieb unverändert ist mit der von den Gewerkschaften und daß die einzelnen Betriebsräte sich mit Recht gegen die Partei und Union ist die Forderung zu stellen, den nächsten Betrieb aufzubauen, und nachzumachen, daß nur die betreffende Tat ein Anfang ist. Die Not ist in diesem Falle der Bruch mit den Gewerkschaften und ihren Führern. Hier ist höchste Aktivität von Partei.

Es wird oft über die Frage diskutiert, ob wir alle, die zu uns kommen, in der KPD. aufnehmen sollen. Diese Frage ist nicht von der Bedeutung, die ihr zugeschrieben wird. Nur allen Leuten, die Vorwürfe über die Aufnahmepraxis machen, sollen wir sagen, daß wir Gewerkschaftsmitglieder ist, bei uns möglich sein. Immer müssen wir betonen, daß die KPD. und die Union eine Kampfgemeinschaft ist, daß wir eine Partei sein müssen, daß wir eine Partei sein müssen, für die Revolution zu arbeiten, bedeutet, daß das Proletariat seine Geschicke selbst in der Hand hat.

In einigen Bezirken möchte die Union schnell, und das quantitative Anwachsen hält nicht immer Schritt mit der theoretischen Vertiefung der Mitgliedschaften. Wir dürfen diese Gefahr nicht unterschätzen. Aber hat vor allem die Partei eine große Aufgabe. Wir müssen alle Kräfte, Kräfte unserer Sympathisanten und Nichtmitglieder, und ihre ganze Kraft einsetzen, um durch ihre intensives Wirken innerhalb der Union ihre Pflicht zu tun. Voraussetzung ist allerdings, daß sie selbst geschulten und klar ist. Kurze müssen eingerichtet werden, und jeder einzelne Genosse muß beweisen, daß er ein tüchtiger Unionist ist.

Wir brauchen nicht zu glauben, daß wir von der Revolution überrascht werden. Sollte sich die Lage überraschend schnell zuspitzen, so wird schon jeden von uns auf den Posten finden. Aber es erwachsen bei diesen Aufgaben keine Schwierigkeiten, die früher nicht von Bedeutung waren wie heute, daß ist die ungeheuerliche Steigerung der für alle Propagandaa notwendigen Dinge (Zeitungen, Flugblätter usw.). Das Eingehen der „RZ.“ wirkt, einen schweren Rückschlag bedeuten für die ganze Organisation. Die Erhaltung der Zeitung bildet heute auf ungeheure Schwierigkeiten. Wir müssen alles versuchen, die „RZ.“ zu halten, auch in der Zeit der Stagnation. Für die innere Festigung und Durchbildung der Mitgliedschaften von Partei und Union ist unsere Zeitung eine der Hauptmassen mit, ganz davon abgesehen, daß sie die stärkste Waffe in unserem Kampfe mit unseren Gegner ist.

Der Zentralausschuß wird Mittel und Wege zeigen müssen, die finanzielle Frage zu lösen, denn diese Frage ist heute nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine politische Frage.

In einigen Bezirken, die für die Revolution von großer Bedeutung sind, geht es gut vorwärts trotz alledem. Bei unseren beschränkten Kräften muß die Bewältigung der daraus erwachsenden Aufgaben jedoch große Schwierigkeiten. Dies darf uns jedoch nicht abschrecken. Gelingt es uns, einen praktischen Weg zu zeigen aus dem Chaos, dann wird das Proletariat auch diesen Weg gehen. Das Kapital selbst wird es auf diesen Weg treiben.

Antrag 2. In den einzelnen Ortsgruppen sind Pressefonds zu bilden, aus dem die Unkosten für verstärkte Verbreitung der „RZ.“ sowie die Unterstützung der Expedition der „RZ.“ direkt durch Geldmittel bestritten wird. 50 Prozent des eingesammelten Pressefonds sind von den Ortsgruppen jeden Monat an den Bezirk und von dort an den ZAPU. weiterzuleiten. Als erster Beitrag beschließt die Bezirkskonferenz eine Umlage von 10 Mark. Weiterhin sollen durch die Ortsgruppen 20 Mark pro Monat und Mitglied erhoben werden.

Antrag 3. Der Bezirk Rheinland-Westfalen beantragt, daß der Bezirksleitung genau Nachricht über die Höhe, der an die einzelnen Ortsgruppen gelieferten Zeitung zugeht. Sollten Ortsgruppen mit Zeitungsresten im Rückstand bleiben, aber Zeitungen abbestellen, so ist der Bezirksleitung sofort darüber zu berichten.

Die Delegierte von Südwest berichtet, daß sie nach der Spaltung schwere Arbeit haben. Aber die Genossen scheuen weder Mühe noch Kosten und die starken Genossen finden den Weg zur alten KPD. wieder zurück, und helfen somit für unsere Grundsätze kämpfen. Sie hatten in letzter Zeit in Frankfurt, Mannheim, Speier, Ludwigshafen u. a. Orten gut besuchte öffentliche Versammlungen, welche für ein reges politisches Leben zeugen. Sie hoffe, daß auch hier die KPD. größeren Einfluß auf die Massen gewinnen wird. In Ludwigshafen nimmt augenblicklich ihre ganze Kraft die Union in Anspruch. Die Union wächst hier sehr schnell, es sind in letzter Zeit acht neue Ortsgruppen der Union entstanden, und sie müssen alles aufbieten, um diesen Zustrom zu schulen und für den Klassenkampf zu gewinnen.

Aus Mitteldeutschland berichtet der Delegierte, daß sie ein schweres Feld zu bearbeiten haben. Der ganze Bezirk lag seit der letzten Märzaktion vollständig darnieder. Es ist auch nämlich der größte Bezirk, so daß die Herstellung der regelmäßigen Verbindungen sehr schwierig ist. Doch hoffen sie mit Hilfe von agitatorischen Kräften den Bezirk wieder auf die Höhe zu bringen.

Aus Niedersachsen wird uns mitgeteilt, daß dort die KPD. schwach ist. Alle Kräfte sind in der Union eingesponnen. Sie alle sind überzeugt, daß ihnen das starke politische Zentrum fehlt, und sie werden alles daran setzen, um an dieser schweren Aufgabe intensiver zu arbeiten.

Der Delegierte von Berlin-Brandenburg erklärt zunächst, daß sie den Bezirk Berlin-Brandenburg neu konstituiert haben. Die Ortsgruppen Oberspreide, Adlershof, Spandau usw. gehören jetzt zu dem einheitlich zusammengefaßten Bezirk Berlin-Brandenburg. Er berichtet von dem schwierigen Existenzkampf der „RZ.“ und des Verlages und freue sich über die Solidarität der Reichsbezirke, vor allem über Hamburgs Vorgehen. In Berlin wurden immer die größten finanziellen und geistigen Anforderungen gestellt. Wenn alle Kräfte angespannt und verbraucht werden, muß es uns gelingen, selbst in dieser schweren Zeit, unsere Kampfmassen zu halten.

Zum Punkt Internationale hat Gen. Gröll das Wort. Er führte aus, obwohl sich die internationalen Beziehungen daher gestaltet haben, so dürfen wir uns nicht zurückziehen, sondern gerade für diese sehr wichtige Sache müsse noch viel mehr getan werden. Aber diese Arbeit wird dadurch sehr erschwert, daß wir alle Proleten sind, somit alle im Produktionsprozeß stehen und questions haben mit weniger brauchbaren Genossen zu kämpfen. Trotz dieser Schwierigkeiten stehen wir mit einigen Ländern in regem Meinungsaustausch.

Bulgarien hat für ihr kleines Land eine verhältnismäßige große „RZ.“. Nach dort sind Differenzen zwischen Führern und Masse entstanden, die eine Spaltung zur Folge hatte. Die abgesetzte Führer-Clique gab noch fünf Wochen lang eine gleichmäßige Zeitung, die „Nabotschni Jedro“, heraus (basiele Gebieten wie in Deutschland), aber kann ist alles eingestellen. Die KPD. Bulgariens hat Beschlüsse angenommen, daß die Mitglieder des Zentralrats nur gewisse Zeitschriften lesen dürfen; dann durch ähnlich erfolgt werden müssen; auch dürfen keine Intellektuellen bei Bürgerpolitik werden.

Holland. Die KPD. Hollands hat sich zur „Offener Richtung“ bekannt. Daß aber dort diesellen Differenzen wie in Deutschland bestehen, beweist, daß Rotterdamer ausgeschlossen wurde, weil er gegen Führerdiktatur sind. Der Ausschluß von Rotterdam hat gezogen.

Daß es über kleine Zeit zur „Offener Richtung“ (Schreiber-Flügel) gegangen ist, war nur möglich auf Grund einseitiger Informationen.

Rot, denn es finanziell möglich war, längere Zeit in Holland zu sein, gut dort mit denselben Sätzen operiert wie in Deutschland.

Die Genossen von Holland, die auf dem alten Programm der KPD. stehen, beginnen sich wieder zu formieren und stehen mit uns in regen Verbindung.

Mit Österreich und Amerika sind neue Verbindungen aufgenommen, und mit erwarten weitere Nachricht.

Nun zu Rußland. Wir haben direkte Nachricht, daß kein organisierte Gruppe der KPD. besteht — nur sympathisierende Genossen. Sie wahren sich gegen den Schandbrief, daß die Gruppe „Arbeiter Kommunisten“ der Komintern, die nur gegenen Kommunisten, die Mitglieder in der Offenen „RZ.“ gewesen waren, ein Mitglied angehören haben. Der Brief „Arbeiter Kommunisten“ besteht nur aus zwei Genossen, die sich in Berlin aufhalten.

Unsere Aufgabe wird es sein, die Verwirklichungen einer wirklichen KPD. in Rußland schaffen zu helfen. Das dürfte bei der politischen Geschichte, die in Rußland vorliegt, nicht leicht sein.

Die Haltung in Rußland betrachten den ganzen Schwindel der Sogenannten 4. Internationale. Diese erpreßten Abenteurer, die mit vielen Zungen und finanzieller Unterstützung von Kautsky und Co. ihr Spiel treiben, die Arbeiterklasse zu betrügen und zu knechten. Was wissen selbst die deutschen Arbeiter von dieser Arbeiter-Internationale. Die ganze Welt wird es der Öffentlichkeit, um der Arbeiterklasse verständlich zu sagen, was sie mit der verdienten Maske ihrer Gemeinheit und Niedertracht zu tun haben. Nur die Arbeiter, die die politischen Zustände kennen, können helfen, dies auf der Grundlage der KPD. Die Verwirklichung einer wahren Internationale schafft.

Von den Delegierten werden zu diesem Punkte noch einzelne wertvollen Anregungen gebracht.

Zum 4. Punkt KUSS. erhält Gen. K.-Berlin das Wort. Er gibt zunächst einen Kassenbericht. Durch die Union, Beschluß pro Mitglied 3 Mark für die KPD. abzuführen, haben sich unsere Finanzen gehoben. Es werden auch noch immer hohe Anforderungen an die KPD. gestellt. Sehr hohe Summen verschlingen die Rechtsanwaltskosten. Und immer werden neue Wiederaufnahmeverfahren beantragt und auch durchgeführt. Es ist daher nötig, die Sammeltätigkeit zu erhöhen. Immer wieder müssen wir die Bezirke ermahnen, monatliche Abrechnungen, zur besseren Uebersicht, einzusenden. Der Kassierer beantragt, die 4000 Mark, die sich der alte Hauptausschuß (Schröder, Cash, Goldberg) von der KPD. geliehen hat, niederzuschlagen, weil diese Leute jedes moralische Eintreten abgelehnt, die Gelder für die politischen Gefangenen zurückzuzahlen. Dasselbe gilt für Goldstein, der sich 500 Mark für persönliche Zwecke geliehen hat. Diesem Antrag wurde stattgegeben.

Unter Punkt Organisatorisches wird noch folgender Antrag den Mitgliedern zur Diskussion übergeben:

Der Zentralausschuß empfiehlt der Mitgliedschaft folgenden Antrag zur Annahme: „Der ZAPU. wird beauftragt den Mitgliedbeitrag von Fall zu Fall, je nach der Notwendigkeit, festzusetzen und den Bezirken rechtzeitig, mindestens 14 Tage vor in Kraft treten, davon Mitteilung zu machen. Für den Monat Oktober wird der Mitgliedbeitrag für den ZAPU. auf 10 Mark festgesetzt. Die Bezirke haben zu diesem Antrag innerhalb 14 Tagen, d. h. bis zum 8. Oktober, Stellung zu nehmen.

Nachdem noch ein Antrag von Zittau und verschiedene organisatorische Dinge erledigt sind, ist die 10. ZAPU. des Reichsausschusses zusammen indem er feststellt, daß heute ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet worden ist. Die heutige Zentralausschußsitzung beweise, daß es notwendig ist, öfter zusammen zu kommen, um weiter fruchtbringende Arbeit für die Revolution zu vollbringen.

Ausland

Spaltung der italienischen sozialistischen Partei

Rom, 5. Oktober. (WTB.) Der Kongreß der Maximalisten beschloß für den 3. Monat nach Inkrafttreten der Bedingungen anzuschließen und alle Parteibücher, außer den „Kommunisten“ zu unterdrücken. Der Kongreß beschloß ferner, daß die Maximalisten als Mitglieder von Provinzial- und Gemeindeverwaltungen zurücktreten sollten und ernannte die Mitglieder der Parteileitung, darunter den Direktor Serrati.

Der Kongreß der Anhänger einer Mitarbeit mit den anderen Parteien wählte als Parteileitung das Blatt „Giustizia“, das in Mailand erscheint, ernannte Treves zum Direktor und beschloß, daß alle Angehörigen der Partei als Vertreter Gegenkommen in Bewegungen und Gemeinden ihren Dienst nicht aufgeben sollten. Infolge der Spaltung erteilte dieser Kongreß der Parteileitung den Auftrag, sich mit der Wiener zweieinhalbten Internationale zwecks Bildung einer wahren sozialistischen Internationale und mit den sozialistischen Gruppen der verschiedenen Parlamente zur Erzielung von Uebereinkommen über politische und gewerkschaftliche Fragen in Verbindung zu setzen.

Das ist die zweite Spaltung der Sozialdemokratie. Die erste erfolgte in Livorno, wo nur eine kleine Gruppe sich abgesplittert und sich der 3. Internationale anschloß. Es dürfte noch in lebhafter Erinnerung sein, daß damals laut Levi sehr scharf die Gleichung Serratis, der italienischen Lenin verteidigte. Serratti erklärt nun, daß er sich „gezwungen“ hat, mit Levi zu gehen.

Die zweite Spaltung, die für Moskau einen Zuwachs bringt, bedeutet den vollständigen Zusammenbruch der Aktionspolitik, die in Deutschland momentan die schärfsten Blüten zeitigt. Die Tatsache, daß die Mehrheit sich der 3. Internationale anschließt, und so nur den Namen wechselte, läßt erkennen, daß die Führung noch nicht abgeschlossen ist. Der brutale Sozialtenterrat, der in Italien wütet, wird die neue Partei genau auf dieselbe Besitzungsprobe stellen. Nach welcher Richtung sie sich entscheiden wird, ist aus der KPD. deutlich zu ersehen.

Italien vor einem Justizputsch?

Mailand, 5 Oktober. (WTB.) In der Stadt Trient sind bereits mehrere tausend Justizleute versammelt, die in verschiedenen Schlafhäusern Quartiere bezogen haben. Der Abgeordnete Farinacci hat von Trient die Mobilisierung aller Justizbeamten der Provinz Venezia angeordnet. Der Zweck des Generalmarsches wird von politischen Kreisen verschiedenen bemerkt. Der Justizminister hat die Sicherheit erklärt, daß keine Maßnahmen gegen die Fascisten geplant seien. Man vermutet, daß die Mobilisierung der Justizbeamten eine Demonstration der faschistischen Gewalten. Der deutsche Minister hat sich der Sache angenommen. Der deutsche Minister hat sich der Sache angenommen. Der deutsche Minister hat sich der Sache angenommen

institutionen. „Darin liegt keine Massenverachtung, es soll nur der Weg zur Masse aufgezeigt werden. Es heißt auch für die proletarische Bewegung eine gesunde Lehre in den bürgerlichen Sprichwort: „Sage mir mit wem du gehst, sag sage dir wer du bist.“ Ein aktives Proletariat, welcher sich mit 99 passiven Proletariern verbindet, wird zum hundertsten Passiven. Nichts lähmt so sehr, als das Beispiel der Passivität. Ein Mutiger kann nicht 99 Feige zum Kampfe führen, wohl aber 99 Mutige einen Feigen. Nur durch Zusammenfassen der revolutionären Kräfte kann man die Kampfkraft des Proletariats erhalten. Das ist auch immer der Weg der KPD. gewesen. Daß je heute nur einen kleinen Bruchteil des Proletariats umfaßt, liegt an dem zweifellosen Rückgang der revolutionären Bewegung. Diese Tatsache leugnen heißt nicht den Charakter der Revolution aufgeben, also sie nur in einer fernen Zukunft für möglich halten. Die Revolution ist ein langer Prozeß, in den es Flut und Ebbe gibt. In den Zeiten der Ebbe muß das Proletariat alles vorbereiten, um für die Flut gerüstet zu sein. Die Hauptarbeit besteht in einer Konzentrierung und Zusammenfassung des revolutionären Kerns. Eine Revolutionär ist nicht derjenige, der die Revolution schon für morgen prophezeit, und nur im Hinblick auf diesen Morgen kämpft, sondern jener derjenige, der im festen Glauben an die Revolution klare Erkenntnis der objektiven revolutionären Lage, wenn diese auch eine rückläufige Tendenz aufweist, jederzeit kampfbereit dasteht. Mitten in der Lethargie kann ein Erwachen, eine Erkenntnis der Lage eintreten, die einen starken revolutionären Impuls zur Folge hat. Solche Sturmzeichen haben wir gerade in den letzten Zeiten häufig erlebt. Ihre Kraft konnte aber nie voll ausgenutzt werden, da sie meist nur als eine Bedrohung der Republik aufgefaßt konnten und die Erkenntnis, daß es sich hier nur um einen Kampf verschiedener Kapitalsgruppen handelte, noch nicht durchgedrungen war.

Die Lage der deutschen Wirtschaft und das Verhältnis des deutschen Proletariats zu seinem nationalen Kapital ist deshalb nur so ausführlich behandelt worden, weil sich die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung Europas in ihr am klarsten ausgeprägt und das europäische Wirtschaftsleben unter ihrem Zeichen steht. Sie ist auch gleichzeitig ein entscheidender Faktor in dem Kampf des französischen und englischen Imperialismus. Dieses bankerotte Land ist durch seine zentrale Lage, seine Bevölkerungszahl und nicht zuletzt durch den verhältnismäßig noch intakten Produktionsapparat ein nicht zu unterschätzender Bundesgenosse. Das französische Kapital braucht zu seiner Verstärkung nur die Eingliederung eines Teils der deutschen Wirtschaft, und zwar des ihnen benachbarten Rheinland-Westfalen, während der Rest nur eine außerordentliche Belastung darstellen würde. Diesem Rest ist das Schicksal Deutsch-Oesterreichs zugedacht. Es soll nicht leben und nicht sterben können. Es soll in sich von innen heraus verfaulen. Seine wirtschaftliche Ohnmacht soll gleichzeitig auch den revolutionären Kräften jenseits des Mittelmeers darstellen, besetzigen. Die Erfahrungen, die das Kapital in Oesterreich gemacht hat, sollen dahin verwertet werden. Das englische Kapital soll aus Deutschland ein Gegengewicht gegen die französische Vorherrschaft auf dem Kontinent machen. Es will die Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft. Trotzdem haben wir die Erscheinung, daß sich das deutsche Kapital mit dem französischen Kapital verbindet. Dies ist nicht bloß auf die militärische Ueberlegenheit Frankreichs zurückzuführen, sondern auch auf die Tatsache, daß die Voraussetzung für die Selbständigkeit ein Einfließen des deutschen Auservlaufs ist, d. h., daß die Quelle des Profits für das deutsche Kapital auf einige Zeit versiegt. Diesen Leidensweg, der die einzige Hoffnung für den kapitalistischen Wiederaufbau Deutschlands bildet, geht das deutsche Kapital bewußt nicht! Es muß immer noch auf eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich, bei der es die Rolle des sich freuenden Dritten spielen kann. Es ist grausames va banque-Spiel im doppelten Sinn des Wortes, da es noch die Karte auf das bankerotte französische Kapital gesetzt hat.

Am 8. November 1922, abends 7½ Uhr, findet in den Pharmsälen, Neukölln, statt:

Gedächtnisfeier

für die Opfer der Revolution 1918. Mitwirkende u. a. Gesangschor Chor Groß-Berlin. Rezitationen. Karten a 20,00 Mk. sind bei den Funktionären zu haben.

Die französische Vorherrschaft auf dem Kontinent hängt allein von der Möglichkeit ab, wie lange es noch seinen Vasallen, Polen, der kleinen Entente, den Balkanstaaten und der Türkei Kredite geben kann. Dies ist nur noch eine Frage der Zeit. Ohne die französischen Subsidien sind aber diese Gebilde nicht lebensfähig und müssen sich nach einem neuen Gönner umsehen. Dafür kommt aber allein das englische Kapital in Betracht. Ein Wechsel der Lage liegt in nicht allzu weiter Ferne. Es ist aber notwendig, daß das französische Kapital vorher noch sein Heil im Kriege suchen wird. Dieser neue Krieg würde aber den völligen Zusammenbruch des europäischen Kapitals bedeuten. Wie wenig tragfähig die europäische Wirtschaft ist, geht aus der Tatsache hervor, daß das vereinigte Europa nicht imstande ist, Rußland die für dessen Wiederaufbau notwendigen Kredite vorzustrecken. Am russischen Wiederaufbau liegt aber die einzige europäische Hoffnung. Es würde die Unabhängigkeit vom amerikanischen Kapital bedeuten. Die Einfuhr russischer Lebensmittel und Rohstoffe würde die europäische Produktion ungeheuer verbilligen. Das billige russische Getreide würde auch eine Versorgung der Arbeitermassen garantieren. Ein junger Bündnistraum würde Wirklichkeit werden. Zu alledem kann sich Europa nicht aufraffen. Es ist eben erledigt, und mit ihm fällt auch der gesamte Kapitalismus zusammen.

Politische Rundschau

Der Urquhartvertrag nicht bestätigt

Moskau, 7. 10. (WTB.) Die Russische Telegraphen-Agentur meldet:

Obwohl der Rat der Volkskommissare mehrmals erklärt hat, daß die Zeitungen ausländischen Kapitals an dem Wiederaufbau der Wirtschaft Sowjetrußlands und insbesondere der Ausführung des Vertrages mit der von Urquhart gebildeten „Russo-Asiatic Consolidated“ unter den folgenden Bedingungen keinerlei Schwierigkeiten ist, meint der Rat der Volkskommissare, daß der außerordentliche Umfang der Verpachtung gegen ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung in Widerspruch steht, daß unerfreuliche Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierung des Landes, welchem die Zentrale der „Russo-Asiatic Consolidated“ angehört, erschwert.

Demgemäß hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, die Regierung, die die Gewährung von Zugeständnissen im Norden Ossa und im Schwarzen Meer beschloß, für den Zeitpunkt der oben angeführten unerfreulichen Beziehungen, heute dieses Vorhaben bis zum Rat der Volkskommissare beschlossen, vom am 15. September in Moskau von Vertretern der Russo-Asiatic Consolidated unterzeichneten Vertrage keine Bestätigung zu erteilen.

Der vor zirka drei Monaten abgeschlossene Vertrag zwischen der russischen Regierung und dem Engländer Urquhart erregte großes Aufsehen. Leslie Urquhart, eine Art englischer Stinnes, steht an der Spitze der Russo-Asiatic-Konsolidated Company. Diese Firma besaß vor dem Kriege im Ural und in Westsibirien ausgedehnte Ländereien, Wälder und Bergwerke. Sie beschäftigte damals rund 45 000 Arbeiter, worunter sich 25 000 befanden ist, daß es sich um eines der größten Weltunternehmen handelt. Kohle, Eisen, Kupfer, Zink und Zinn, Blei, Silber und andere Metalle wurden aus ihren Besitzungen gewonnen. Urquhart benutzte sich fortwährend, von der russischen Regierung seinen früheren Besitz als Konzession wieder zu erhalten. Diese Bemühungen schlugen fo-lange fehl, als die Sowjetregierung ihm genügende Sicherheiten und Kompensationen nicht zugesichern konnte oder wollte. Der vorläufige Vertrag garantierte ihm Sicherheiten in vollem Maße.

Urquhart erhielt seine Bergwerke usw. zur Ausbeutung auf 99 Jahre. Die russische Regierung erklärte sich einverstanden, den Engländern zwei Millionen Pfund Sterling als Entschädigung zu zahlen, allerdings mit [illegible] der englischen Regierung unter bestimmten Bedingungen zu gewährenden Vorschüsse. Von den anderen Bedingungen des Vertrages sind noch zu erwähnen: Die Sowjetregierung hat sich [illegible] Kredite [illegible] Russo-Asiatic Consolidated [illegible] Regierung [illegible] Gesetze und Verordnungen erlassen hat, „welche die Verwirklichung des Vertrages unmöglich machen oder einschränken“. Ferner wurde vereinbart, daß die Arbeiterkräfte in einer Weise verwendet sind, daß in die Verwaltungs- und Arbeitsorgane der Unternehmungen russische Bürger [illegible].

Wilhelm Weitling

2.

Waren Weitling und seine deutschen Gesinnungsgenossen in Paris theoretisch über die bolschewistische Taktik hinaus, so hinderte das indes nicht, daß der „Bund der Gerechten“ praktisch noch wie vor in der Tradition der „Gesellschaft der Jahreszeiten“ stehen blieb. Als beim Banquet am Vorabend am 12. Mai 1839 leichtsinnigerweise und unter dem Eindruck des Erfolges an der Zeitungsbücherei der unausführlichen Massen scheiterten, die wurde der „Bund der Gerechten“ von der Polizei entdeckt und betrieben und mußten gänzlich zerstreuen. Einige führende Mitglieder wurden verhaftet und hinreichend ausgewiesen; so gingen nach London und organisierten dort den „Bund der Gerechten“. Die Pariser Mitglieder hielten sich in Weitling, dem ausgezeichneten Mann, zusammen und als dieser nach Paris, folgte er an Anfrage der Bundesleitung und sangen 30 Bundes ausgerüstet, nach der Schweiz über, um hier den Kommunismus Anhänger, den „Bund der Gerechten“ Mitglieder zu gewinnen. Die Gerechten hob jedoch bei der Ausführung seiner politischen und literarischen Tätigkeit bei. Sein propagandistischen und organisatorischen Wirken hatte beträchtliche Erfolge, in erster Linie unter den deutschen Handwerksgesellen, aber auch unter den Eidgenossen; zu zahlreichen Gesellen im Lande entstanden Ortsgruppen des „Bundes der Gerechten“. Unstimmigkeiten blieben reichlich nicht aus. Opportune Elemente entfielen sich her und be in die Sache ein. Besonders scharf angriff Weitling den Mißerfolg seiner kommunistischen Gesellschaften. Einer, [illegible] Weitling [illegible] Kapitalisten für die deutsche Bevölkerung, denen sie für die damalige Zeit ein Rezept war, zu der Schweiz auf größerer Stufe unternommen, erfüllten die Spießbürgerlichen die sich in gesteigerten Hoffnungen ganz und gar nicht. Es kam so weit, daß Weitling [illegible] Bogen [illegible] Anfänge in Genf, Bern und noch als Schneidergesellen [illegible] der Bringen seiner Gesinnungsgenossen entschied er sich seine ganze Kraft nur der Agitation zu widmen. Es ist bezeichnend, daß er unter diesen Umständen geleistet hat, in geradezu bewundernswürdiger Weise [illegible] eine unglaubliche Agitation und einen ausgedehnten Briefwechsel in Gang, sondern er gab auch seit 1841 eine Monatsschrift heraus, die „Garantien der Harmonie und Freiheit“, deren „Bibel der Generation“ hieß. Und damit wird ganz Deutschland [illegible] kurzen Zwischenräumen seine beiden größten Schriften zusenden, die „Garantien der Harmonie und Freiheit“ und das „Evangelium der armen Sünder“. Es ist geradezu [illegible] Wert, erschien im Jahre 1842, auf das Schaffen kann hier leider nicht eingegangen werden. Es sei nur so viel gesagt, daß die Gedanken sich in der Erstlingsschrift, aber auch [illegible] Weitling [illegible] Kommunismus, [illegible] Weitling [illegible] Gesellschaftskritik ist mehr [illegible] Weitling [illegible] Gesellschaftskritik ist mehr [illegible] Weitling [illegible] Gesellschaftskritik ist mehr

zu berücksichtigen, daß ein Teil der Mehrforderung auf die Belegschaftsverringerung zurückzuführen ist, die heute in Bochum eine [illegible] Masse betroffen hat und im Ruhrbergbau überhaupt [illegible] Die haben heute bereits [illegible], daß ganze Bergwerksbetriebe keine Genehmigung zum Weiterarbeiten mehr erhalten, um sie in anderen Betrieben als Arbeitskräfte [illegible] zu können. Es ist bekannt, daß die Bochumer Zechen bei Ruhrkohlenbau [illegible] abzusetzen. Gestiegene Mehrforderung auf einzelnen Bezirken, [illegible] Ausfälle auf anderen gegenüber.

Vielleicht begreifen die Bergarbeiter bald, daß sie durch ihre Mehrarbeit der Arbeiterklasse einen Schlag versetzt haben und werden sich bewußt, welche Macht sie verfügen.

Aus der Partei

Bericht von der Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen am 17. September 1922 in Essen

Die KPD. in Rheinland-Westfalen hat trotz der gewaltigen Schläge, die ihr von seiten der Bourgeoisie geführt worden sind, sich der sich unbeirrbaren Schwierigkeiten und Zerrissenheit, die von unlauteren Elementen, Schwätzern und sonstigen unlieben Kräften in ihre Reihen getragen wurden. Dafür aber hat sich [illegible] ein Bewußtsein, Willensklarheit [illegible] Bezirk, die sie sich selbst gegeben hatte. Gemäß neuen Kämpfen entgegenzugehen, und [illegible] Bezirksleitung auf dem Wege der Revolution. Von den 12 Ortsgruppen des Bezirkes waren 8 Ortsgruppen durch 11 Delegierte vertreten. Von den übrigen waren [illegible] entschuldigt. Außerdem waren vertreten: 1 Referent, 1 Vertreter der Jugend, 1 Vertreter der SAUD., 2 Vertreter der Bezirksleitung, 10 Gäste.

Die Tagesordnung war folgende: 1. Politische Lage. 2. Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung (Bericht aus den Ortsgruppen). 3. Organisationsfragen. 4. Jugendfragen. 5. SAUD. 6. Verschiedenes.

Vom ersten Tag, Genosse S. — In kurzen aber klaren Zügen die Situation treffenden Ausführungen, zeichnete er die momentane Lage. Daran anschließend, zeigte er Aufgaben und Wege, die wir als ein Ganzes, Partei zu allen Zeiten, zu beschreiten haben. Daß dieses Ziel, das hier aufgestellt wurde, nicht zu verwirklichen wurde von einer Diskussion abgesehen.

Zum 2. Punkt gab die Genosse Du. einen Ueberblick über den Stand der Organisation im Bezirke, über Maßnahmen und Mittel, die eingesandt wurden, um unsere Bewegung zu verbessern und die Organisation zu festigen. Trotz der vorzüglichen Verhältnisse im Bezirk, mit den primitiven Hilfsmitteln arbeitend, ist es doch gelungen, die Organisation zusammenzufassen, und nicht nur der Stand der bisherigen Ortsgruppen zu erhalten, sondern auch, und [illegible] Ortsgruppen mehr zu [illegible] sind, daß bleibt [illegible] der sogenannten Essener Richtung der Organisation insgesamt keinen Schaden zugefügt hat. Außer einem [illegible] Ortsgruppen in Essen, ist sonst keine Spur zu entdecken, als früheren Bezirksleiter [illegible] noch [illegible] vor und [illegible] Boden der Partei.

Ueber den Stand der Partei berichtete der Genosse Ma. Er rügte besonders die Nachlässigkeit einzelner Ortsgruppen in Punkte Abführung der Pflichtbeiträge. Die sich daran anschließende Diskussion mit gleichzeitigem Bericht aus den Ortsgruppen, brachte eine wertvolle Fülle von Material, Tatsachen und Beispiele zutage. Im [illegible] wurden die Ausführungen der Bezirksleitung unterstützen und anerkannt. Weitgehende Unterstützung und übige Mitarbeit wurde allseitig zugesagt.

Ein Kampf um Einsetzung der Bezirksleitung wurde einstimmig [illegible]

Zum Punkt 3 wurden der Konferenz eine Anzahl Anträge unterbreitet, wovon folgende angenommen wurden:

1. „Zwecks besserer Bearbeitung des Bezirkes, wird derselbe in Bezirke geteilt. Bezirk Ruhr, Bezirk Rheinland, Bezirk Westfalen, Bezirk Düsseldorf, Bezirk Essen, Dortmund behängendem Bezirksrat, je einen Genossen zu stellen, die imstande die erweiterte Bezirksleitung bilden. Dieselbe steht mit der Bezirksleitung [illegible] in engster Fühlung und trägt die Verantwortung für die Vorgänge [illegible] Bezirksleitung.“

2. Die Referentenanforderung ist im allgemeinen bei der Bezirksleitung zu stellen, bei einer Anforderung können die Ortsgruppen mit den Referenten sofort in Verbindung treten und sich den Genossen [illegible]. Wenn der Bezirksleitung jedoch hierzu Mitteilung. Ungeforderte Referenten sind von der betr. Ortsgruppen zu finanzieren.“

3. „Alle zur Ablieferung gelangenden Pflichtbeiträge und Umlagen, auch Porto, sind an die Bezirksleitung zu senden und von [illegible] zu weiterzuleiten.“

4. „Zur Stärkung der Bezirkskasse soll eine Umlage von einmalig 20 Mark pro Mitglied erhoben werden. Hierfür wird die Bezirksleitung beauftragt, Marken zu 10 Mark an die Ortsgruppen zu liefern. Ortsgruppen, die in der Lage sind, werden ersucht die Ablieferung sofort durchzuführen.“

Weitere Anträge, insbesondere über Betreibung und Stärkung der Presse, wurden zur Diskussion und Beschlußfassung an die Ortsgruppen [illegible]

Zur Zentralvorstellung wurden zwei Delegierte gewählt. Anträge zur SAUD. wurden der Delegation überwiesen.

Zu Punkt 4 referierte der Genosse M. unter Darlegung der Bedeutung der KJD. und Mitarbeit der Jugendbewegung. Reichlich bei Gelegenheit der Jugendorganisation, Hangen seine Ausführungen aus in einem Appell an die Aeltern Genossen, die Jugendbewegung intensiv zu unterstützen.

Die Debatte wurde [illegible] die Referenten und ergab einmütige Zusage betreffs Unterstützung.

Zu Punkt 5 referierte der Genosse M. vom Gautomitee. Die sich hieran schließende Diskussion hob hervor, daß es unsere Aufgabe ist, mit [illegible] Opfer zu gebenden und unermüdlich [illegible] Aufrüstungen der Mittel Sorge zu tragen.

Die Bezirkskonferenz faßt einstimmig den Antrag an die [illegible], die Unterstützungsbeige zu erhöhen, sowie eine einmalige größere Beihilfe sofort auszuzahlen.

Als Redner von der Partei, wurde der Genosse Gr. gewählt.

Kleiner beantragt die Bezirkskonferenz, daß die Ortsgruppe Düsseldorf bei wichtigen Entscheidungen, Mitbestimmungsrecht erhält.

Unter Punkt 6 wurde neben Erledigung verschiedener Fragen die Bezirkskleitung beauftragt, kurz nach dem Zusammen der ZAG., erneut eine Bezirkskonferenz einzberufen.

Nach Schluß durch den Genossen Du. auf die weittragende Bedeutung der Konferenz, und der Aufforderung an die Delegierten, heute Sorge tragen zu wollen, daß der gesamten Mitgliedschaft der Bericht über Verlauf und Beschlüsse unterbreitet werde, wurde die Konferenz nach 10stündiger Tagung geschlossen, bei einer Beteiligung der Genossen aufs Aufmerksamkeit, daß dieselbe einen Schritt vorwärts auf unserem Wege war.

Die 3½ verleugnet ihr Programm

Wie berichteten an dieser Stelle über die geplante Erstützungsaufstellung der Dreieinhalb in Berlin, und teilten zu gleicher Zeit mit, daß sich die Dreieinhalb nach Spandau begab. Von der Spandauer Ortsgruppe der KAPD. und AAU. ist durch das Treiben der Leute um Gach glücklich ein kleiner Rest von Querulanten übriggeblieben, die, trotzdem sie aus beiden Organisationen ausgeschlossen, sich doch kühn und stolz weiter als KAP. und Union bezeichnen, und denen von seiten der Dreieinhalb nun Unterstützung zuteil werden sollte. In dieser Versammlung referierte ein Genosse über die KAP. und AAU. Da dieser Genosse über die Differenzen der nicht unterrichtet ist, (er vermutlich erst seit kurzem wieder in Freiheit) konnte er natürlich weiter nichts tun, als auf den „Reformismus“ anspielen, der sich in der KAPD. und AAU. ausbreitet breit machen.

Nach einem grotesqueglatten Theater, es sprachen außerdem ein Russe (der nichts hinter sich hatte), ein Holländer (der sich bescheinete, nichts prinzipielles von uns zu hören, und sich wie ein eigensinniges Kind weigerte, darauf einzugehen), und so versuchte man unsere Genossen abzuwürgen. Doch dies gelang nicht ganz. Eine Genossin von uns zerpflückte dann die neue „Privateigentumstheorie“ und den Eingeklappertkampf dieser Leute, um so eine Aeußerung über Begründung dieser Konfusion zu erzwingen. Zur Auffrischung des Gedächtnisses diese sog. „Essener“ lassen wir einige Stilblüten hier folgen:

„Und nun auf Grund dieser Erkenntnis unsere Konsequenzen für das Verhalten der Unionsgenossen gegenüber Schutzkämpfen: Wird ein Industrieller in einem kapitalistischen Betrieb eingestellt, so schließt er als einzelner Arbeiter mit dem Unternehmer einen Privatvertrag, in welchem die Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart werden. Befindet er sich im Betrieb und reicht der Lohn infolge der hohen Steigerung der Preise zur Erhaltung seiner nackten Existenz nicht mehr aus, so geht er erneut als einzelner Arbeiter zu dem Unternehmer mit dem Verlangen einer Aenderung seines Privatvertrages in Form der Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wird dieser ohne weiteres gewährt, so ist diese Sache für ihn bis zum nächsten Male erledigt.

Gewährt der Unternehmer diese nicht, so stehen dem Unionsmitglied als einzelnen Arbeiter im Betriebe eine Reihe von Mitteln zur Verfügung, um sein Verlangen durchzusetzen, wie z. B. Streik usw. Es ist klar, daß es ihm persönlich, das nicht etwa in ein und demselben Betriebe der eine Unionsgenosse heute, der andere morgen, der dritte übermorgen mit einem solchen Verlangen gegen solchen Mitteln zu dessen Durchsetzung dem Unternehmer gegenübertreten soll, sondern alle in einem Betriebe befindlichen Unionsgenossen sollen, zumal sie meist auf Grund eines gleichinhaltlichen Privatvertrages (aber jeder für sich) ihre Arbeitskraft an den Unternehmer verkauft haben. Solidarität untereinander und ebenfalls gegenüber allen in dem gleichen Betriebe beschäftigten Arbeitern, sobald diese eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen von dem Unternehmer fordern, über. Die Unionsgenossen aus der Gruppe „Arbeitnehmer“ sollen alle rechts und den übrigen „Arbeitnehmern“ der Belegschaft zusammen solche Forderungen an den Unternehmer stellen.

Da geschah etwas Sonderbares: Der Versammlungsleiter Reichardt (der nach eigener Aussage nur das „Schwarze“ dieser Artikel gelesen hat, was für ihn genügte, sie „ausgezeichnet“ zu finden) erklärte: Daß sie diese Auffassung nie vertreten hätten, daß diese Artikel Artikel des Berliner Organs wären und die „richtige“ KAU. so erst wenn Nummern des Berliner Organs [illegible] hätte; das sie also mit Union nichts zu tun hätte.

Angesichts so viel Lüge, Hinterlistigkeit und Feigheit, mit der diese Leute ausgerüstet sind, gehört schon eine Ueberwindung dazu, sich mit solch moralisch verlottertem Gesindel überhaupt auseinanderzusetzen. Beweise dafür anzuführen, daß die Artikelserie „die Union was sie ist — und was sie nicht ist“ als die programmatische Grundlage hingestellt wurde, können wir uns besonders ersparen, weil wir alle Resolutionen, in denen verlangt wird, daß sich die Mitgliedschaft, die zur Dreieinhalb gehören will, hinter die Artikel stellen soll, alle aus dem Essener Blatt entnehmen müßten. Die paar Proletarier, die darauf schworen als auf ein Heiligtum, können also sehen, daß diese „Grundsätze“ nur aufgestellt wurden, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, daß die Regisseure (wie wir stets behaupteten) selber nicht an diesen Unsinn geglaubt haben.

Das Programm dieser Dreieinhalb ist also (der KPD. und AAU. versuchen sie nämlich als ihrer Presse des Reformismusses zu überführen, weil sie nicht können), da sie ihre eigenen für die Dreieinhalb geschaffenen Grundsätze leugnen, Grundsätzlichkeit. Und da diesem Herrn Reichardt niemand widersprach, als er mit einer Handbewegung das theatralische Heiligtum in Fetzen riß, kann man bazu wirklich weiter nichts sagen als: Eine nette Gesellschaft. Mit unserseits werden jedoch nicht ruhen, diesen Leuten die Maske vom Gesicht zu reißen. In kurzer Zeit schon wird die KAP. und AAU. auch vor den Spandauer Arbeitern die Dinge klarstellen. Herr Reichardt dieser unerschrockene Lügner ist schon im voraus eingeladen.

Achtung!

Die Genossen von Spandau, die sich nach wie vor zur KAP. AAU. bekennen, werden aufgefordert, sich an folgende Adresse zu wenden: Arthur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße 8 bei Neumann, 1 Treppe rechts.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Arbeiter-Jugend, Bezirk Mittelderschland, Halle-Merseburg. Am Sonntag, den 15. Oktober 1922, vormittags 9 Uhr, in Halle

Bezirkskonferenz.

Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Organisatorisches. 3. Unsere zukünftige Arbeit. 4. Berichiedenes. Alle Gruppen müssen Vertreter entsenden.

Die Bezirksleitung.

Ausland

Krise in der KP. der Tschechoslowakei

Die „Rote Fahne“ berichtet in ihrer letzten „Organisation und Taktik“ von der reformistischen Versammlung der KPTsch. und bringt eine Rede Schmirals ab, die in ihrem Inhalt allerdings die konsequente Auslegung der „Einheitsfrontpolitik“ und der „Arbeiterregierung“ ist. Es ist bezeichnend, daß man nicht gewillt ist, eine solche Rede Stunde lassen kann, denn das, was Schmiral sagt, hat Brandler schon lange vor ihm gesagt.

Gegen diesen Brandler-Levitt-Schmiral-Kommunismus erhebt sich jetzt eine Opposition, die durch Genossen Hora und die Mittelschichtler vertreten und den Kampf ansagt. Sie wurde jedoch kurzerhand ausgeschlossen, der „Reichsberger Vorwärts“ berichtet darüber:

Prag, 4. Oktober. (EXZ.) Der vom Parteiausschuß der KPTsch. beschlossene Beschluß der Reichskonferenz, durch den die Hora der Opposition angehörenden Parteiblatt [illegible] wurde, erfreut sich einmütige und auf Ebene, Prag, 7, weil bisher trotz der Aufforderung des Parteiausschusses keine Unterschrift auf dem Protokoll [illegible] zustandgekommen hat. Gleichzeitig machen wir auch darauf aufmerksam, daß die ausgeschlossenen Genossen bisher bei der Kommunistischen Internationale keine Berufung gegen den Ausschluß eingelegt haben, obwohl sie Tage vor der Reichskonferenz aufgefordert wurden. Es ist unzulässig, daß die Ausgeschlossenen die zu dem Zeitpunkt der Begründung der ganzen Angelegenheit vor dem Forum der Kominternen, im Falle sie überhaupt Berufung einlegen, die Reformen zu Versammlungen geschickt werden. Die Bezirksleitung der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei [illegible] zu erklären. Auch die ausgeschlossenen Genossen haben [illegible] diesen Beschlüssen zu folgen und sich allen Kundgebungen in der Presse, die gegen die Organisationsbestimmungen verstoßen, zu enthalten, sollte sie dem [illegible] Disziplinbruch nicht [illegible] ein unweiblicher Uebertreten der Parteidisziplin angesehen werden.

Die Berliner „Organisation und Taktik“ zieht über alle diese Bestrebungen vom Leder. Sie retten eine Attacke gegen den Schmiral-Schwätzer Opportunismus und zu gleicher Zeit gegen die „Rechten“ der Opposition. Die richtige Firma haben eben nun einmal einzig und allein die Rutz und Moskau. Die Kriese zeigt aber uns klar, daß nämlich auf die Dauer auf der Konfusion von Moskau keine Partei zu halten ist. Mag der 4. Kongreß der 3. Internationale noch so viel Blendwerk gegen seine Sektionen verschenken. Der Bann wird einmal brechen — auch in Deutschland.

Mitteilungen

Oeffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in Lichtenberg, Schulaula Parkaue. Thema: Betriebsrätekongreß, Gewerkschaften und Revolution.

Groß-Hamburg

KPD. und AAU. am Montag, den 16. Oktober, 7.30 Uhr, bei Ochmer, Alte Hamburger und Geßner-Straße gemeinsame allgemeine

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Partei und Union. — Verschiedenes.

Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

An die Ortsgruppen und Bezirksleitungen im Reich

Die Berliner Organisation ersucht alle Mängel in bezug auf Beilegerung von Zeitungen, Broschüren usw. an Genossen Artur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße 8 bei Neumann, 1 Treppe rechts, zu richten.

Die „AAZ.“ ist von Nr. 71 mit 9 Mark an den Verlag abzurechnen.

Sonnabend, den 14. Oktober 1922, Referenten-Abend, Alexstraße, 7 Uhr abends.

4. und 15. Bezirk. Freitag, den 20. Oktober, öffentlicher Diskussionsabend bei Schmidt, Ecke Transvaalstraße.

6. Bezirk. Freitag, den 13. Oktober, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kaiser, Lausitzer Straße 42, Lokal.

16. Bezirk. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Freitag, den 13. Oktober, abends 7.30 Uhr, bei Schmidt. Tagesordnung: Referat: „Aus der Geschichte des Sozialismus.“

AAU. Charlottenburg. Freitag, den 13. Oktober. Lokal Hauptstraße 9. Vortrag: Die Agrarfrage.

Rote Jugend Nr. 9/10

Kampfsorgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend

Sieben erschienen.

Aus dem Inhalt: Schluß des Referat. — Von unserer Reichskonferenz. — Zur KJD. und KJ. — An die „Kommunistische Jugend“. — An die Eltern. — Zur Lage der Jugend. — Zur Anklage Nürnberg und viele andere Artikel.

Gut ausgestattete Doppelnummer in Zweifarbendruck.

Preis einschließlich 20 Mark.

Genossen! Diese Nummer enthält für jeden Genossen der KJD. sowie KJ. wichtige Artikel. Sofortige Bestellung!

Verbreitet die „Rote Jugend“ in Massen!

Zu beziehen durch sämtliche Gruppen der KJD. sowie durch den Verlag „Rote Jugend“, Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6.

Oeffentliche Quittung

der KPD. für 30. September 1922

Aus Groß-Berlin gingen ein:

a) Aus Sammellisten: Bez. Boxhagener-Str. 2346 ℳ 158; Nordost 4152 ℳ 48; Bez. Prenzlauer Berg 3610 ℳ 776; Steglitz 3518 ℳ 11, 3532 ℳ 20, 3534 ℳ 42, 3535 ℳ 45; Gen. Stadt 4130 ℳ 472 50; Kreuzberg 4152 ℳ 425; 7. Bez. NO. 4192 ℳ 284 50; 18. Bez. Pots 3468 ℳ 25; 18. Bez. Schöneberg 3835 ℳ 194; Schöneberg, Tempelhof 3837 ℳ 1; 3. Bez. NW. 3509 ℳ 1; 3539 ℳ 61; Stadt. Chlbg. 4127 ℳ 186; Berl. Prin.-Telef.-Bel. 4139 ℳ 159; Bornim, Tempelhof 4184 ℳ 130; MSG. Hagdorf 3634 ℳ 124; Weißensee Reinickendorf 3645 ℳ 131; Bergmann, Zegler Weg 3600 ℳ 152; 8. Bez. 4059 ℳ 1; 3. Bez. 3509 ℳ 1; 3545 ℳ 10; 3546 ℳ 1; 3550 ℳ 1; 3551 ℳ 1; 3554 ℳ 70; 3561 ℳ 121; 4. Bez. SO. 3436 ℳ 67, 3440 ℳ 64, 3446 ℳ 64; 3447 ℳ 32, 3448 ℳ 232, 3449 ℳ 10, 3450 ℳ 51, 3451 ℳ 188, 3452 ℳ 58, 3453 ℳ 40; Siemens 4189 ℳ 117; Schmöckwitzbahnhof 4166 ℳ 168; 9. Bez. 3491 ℳ 70, 3493 ℳ 102, 4166 ℳ 100, 3492 ℳ 200, 3315 ℳ 356; Bez. 15 Bez. 3536 ℳ 145; Baustelle Eichelbaum 3447 ℳ 1076; Gen. Wernitz 3282 ℳ 244; Rotha-Werk 3618 ℳ 200; Gen. Kaiser 3545 ℳ 237; Hermann 3242 ℳ 115; 3. Bez. 4067 ℳ 118; Dinos, Tempelhof 3217 ℳ 1085 50; Grünau 3. 50, 4. 50, 5. 50; Gen. Stadt 4138 ℳ 334; Weiß-Freiling (Gerrit) 3660 ℳ 305 50; Fa. Stadt Martinsberg 3539 ℳ 60; Fa. Siegenberg, Reinickendorf 3644 ℳ 240; KUSO. Angst. 3649 ℳ 767; 9. Bez. 4117 ℳ 139; 16. Bez. 4117 ℳ 730, 4119 ℳ 126, 4115 ℳ 120, 4118 ℳ 150; Allgem. Ortskran-Kasse 3687 ℳ 182; Brunsbüttel ℳ 300; C. Jakob 4195 ℳ 190; 7. Bez. SO. 4137 ℳ 212, 4194 ℳ 270; Schmöckwitz 4151 ℳ 165; Siedlerwerk Gemeinden Wuhlgebiet 4168 ℳ 745; Erfurter Gen. 4060 ℳ 310, 4061 ℳ 24, 4064 ℳ 25; Kulturtarif 3663 ℳ 781, Kulturtarif 3664 ℳ 118.

b) Sammelmarken: 3. Bez. ℳ 100, 4. Bez. ℳ 120, 7. Bez. ℳ 400, 8. Bez. ℳ 15, 9. Bez. ℳ 20, 10. Bez. ℳ 20, 12. Bez. ℳ 1358, 16. Bez. ℳ 542, 17. Bez. ℳ 100, 18. Bez. ℳ 104, 21. Bez. ℳ 1132.

c) Sammlungen aus den Bezirken: 4. und 15. Bez. ℳ 306,50, 6. Bez. ℳ 50, 7. und 16. Bez. ℳ 225, 13. Bez. ℳ 60, Gr.-Berlin Union ℳ 25 000.

b) Sonstige Sammlungen: Fa. Schering Chlbg. ℳ 500, Gen. Neukölln ℳ 12, 61. Berufsstelle Chlbg. ℳ 21, M. Leuenberg ℳ 50, Gen. Stadt ℳ 15, Berufsstelle Chlbg. ℳ 245, Wilhelm ℳ 35, Kurzrad ℳ 308,20, Berl.-Anh. Machstorf. ℳ 50, Gen. Trams ℳ 50, 61. Berufsstelle Chlbg. ℳ 231, Gen. Fortmann ℳ 50, Gen. Kubadt ℳ 100, Gen. Bismarkapp ℳ 70, Zentr. Bergarbeiter Chlbg. ℳ 50, Gen. Hamburg ℳ 30, Genossin Herrmann ℳ 50, Gen. Hoffmann ℳ 100.

c) Aus dem Reich: Ludwigshafen ℳ 9165, Chemnitz 1. S. ℳ 422, Oberneubrunn ℳ 1863, Speyer ℳ 624, Sonneberg ℳ 100, Krüge-Barmen ℳ 50, Magdeburg-Jobergs ℳ 150, Ansterdam ℳ 23, Mansfeldbetriebsrätekonferenz ℳ 87, Zella-Mehlis ℳ 230, Frankfurt a. M. ℳ 1100.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Kiers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg, Kaiserdamm 101. — Druck: Kaufmann, Berlin S. 42, Prinzenstraße 106.

3. Jahrg. Nr. 75. Preis 10,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 40029

Abonnementspreis für Groß-Berlin 60 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 120,— M. monatlich, nach dem Ausland 180,— M. monatlich.

Ein neuer Bluff

Es scheint, als existierte die KPD. ausschließlich zu dem Zweck, der Demokratenregierung die Parolen für ihre Schmutzdeutmandver zu liefern. Nachdem die Parole „Erfassung der Sachwerte“ abgelaufen war erschien auf dem politischen Film die Parole „Kontrolle der Produktion“. Natürlich wird dieselbe von der KPD. in einem Zusammenhang und in einer Aufmachung propagiert, daß bei den irregeleiteten Massen der Gedanke entstehen muß, daß irgend eine „berufene Instanz“ sich dahinterstecken müßte. Denn die Voraussetzung einer Regelung der Produktion, nach proletarischem Gesichtspunkten, die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Kapitalistenklasse wird ja aus „taktischen“ Gründen wohlweislich verschwiegen, damit die „Einigkeit“ nicht gestört wird. Da jetzt sich zum Aerger der KPD. die Regierung hin und erläßt eine Verordnung, vermittelst derselben der Anfang zur „Kontrolle der Produktion“ gemacht werden soll. Wer begreift nicht die Wut der KPD., die die Gefahr sieht, daß ihr der Wind aus den Segeln genommen werden könnte?

Die deutsche Wirtschaft — das ist richtig — befindet sich in einer ausweglosen Lage. Konjunkturen konnten bis jetzt nur hervorgerufen werden durch die fortschreitende Markentwertung. Daß diese Entwicklung zu dem Punkt führen muß, wo der Wert der Mark dem Nullpunkt nahesteht, und sie besonders die Lohnzahlungsmittel nicht mehr in Frage kommt, sehen wir in Deutschland und — in Deutschland sehr deutlich. Für ein solches Zahlungsmittel, wenn man überhaupt von Papier kann natürlich keine Maschine in Bewegung gesetzt werden. Es mußte daher für die Produktion eine andere Grundlage geschaffen werden. Das hat die deutsche Industrie getan, sie hat sich in die ausländische Währung gerettet, und überläßt die „Mark“ ihren Arbeitern. Der Stinnes-Lubersac-Vertrag und die Umstellung der „Goldleistungen“ in „Sachleistungen“ beweisen dies. Die Zahlungen der Stinnesgeschäfte erfolgen in Devisen nach Weltmarktspreisen von der deutschen Regierung.

Bei den ungeheuren Milliardenaufträgen ist es ganz natürlich, daß durch den ungeheuren Bedarf an Devisen dieselben steigen, denn auch hier richtet sich der Preis der Ware nach Angebot und Nachfrage. Das weiteren ist ein Einkauf von Rohstoffen von seiten der Industrie nicht möglich durch Devisen möglich. Der dadurch hervorgerufene Kapitalbedarf in Mark für den Inlandsverkehr ist bereits so groß geworden, daß die Notenpresse nicht mehr genug ausspeien kann, um auch nur die Lohnzahlungen zu tätigen, und die Geschäfte bereits so weit ist, daß die Aufrechterhaltung der Produktion bis zu einem gewissen Grade heute schon fraglich, ob die Berge von Tausend- und Zehntausend-Markscheinen rechtzeitig geliefert werden. Jede Vermehrung des Notenumlaufes, die nicht gedeckt ist, vermindert zu gleicherzeit wiederum den Wert derselben. Die Inlandspreise klettern sofort den Weltmarktspreisen nach, verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen sich in ganz kurzer Zeit, so daß diese Entwicklung ganz natürlich letzten Endes an den Punkt gerät, wo sie sich durch ihre eigene Bedingungen verstopft. Für das Proletariat bedeutet die Entwertung des Geldes natürlich trotz der „Lohnerhöhungen“, die sich zu der Entwertung selbst ungefähr verhalten, als wenn eine Schnecke mit einem Hasen ein Rennen aufnimmt, vermehrten Hunger — während des Rennens, und den sofortigen Hungertod, wenn das Rennen durch die Krise unterbrochen wird — durch die einsetzende Arbeitslosigkeit. Davor stehen wir jetzt. Die „Ruhe und Ordnung“ scheint gefährdet. Der Klubderadatsch unvermeidlich, und deshalb muß man für das „Volk“ etwas „tun“.

Die Verordnung der Regierung ändert an diesen Dingen nichts, und kann natürlich auch nichts ändern. Was sie will ist eine „Sachverständigenkommission“ ins Leben mit denen zu Gelze gehen, die bei diesem Totentanz als Unberufene sich einschleichen. Es ist dies ungefähr dasselbe, als wenn man einen Krieg dadurch bekämpfen will, daß man ein paar Schieber einsperrt. Das — will angeblich wenigstens — die Regierung auch mit den Devisenspekulanten tun. In den Dingen, die zu dieser Entwicklung führen, soll nichts geändert werden, es soll nur das Monopol der maßgebenden Kreise werden. Die Arbeiterklasse soll auf „anständige“ Weise dezimiert, niedergeschlagen, ausgeplündert und durch Vermehrung der Schmindbuchstabe tiefer gemacht und die „unlauteren Elemente“ ausgeschaltet werden. Das Proletariat muß darüber klar sein, daß es eine andere Methode, die kapitalistische Wirtschaft zu retten, nicht gibt. Ebensowenig, wie es eine andere Methode zur Rettung der Gewerkschaften gibt. Die Gewerkschaften haben die „Auswüchse“ im Kriege beseitigt, und sie machen jetzt dasselbe. Es ist möglich, daß das Kapital in nächster Zeit auch die Betriebsräte herenziehen wird, damit sie sich durch „Kontrolle“ davon überzeugen können, daß die deutschen Proletarier entweder diesen Weg weiternmarschieren, der für sie ins Grab führt, oder ob der ganze Laden zum Stehen kommen soll. Solche Betriebsräte, die jeden Tag durch ihren Unfug beweisen, daß sie nicht wissen, was Kapitalismus und Kommunismus ist, kann das Kapital und die Regierung bei ihrem Verdummungsfeldzug gerade noch gebrauchen. Aber eine Rettung für das Kapital werden auch diese Schlauberger nicht bringen können, und die Entlarvung dieser Taunkönige ist nur eine Frage der Zeit. Auch alle diejenigen, die dies „Kontrolle der Produktion“ nur gedankenlos nachbrüllen, mögen sich gesagt sein lassen, daß diese Ausrede, daß man gerissenen Betrügern ins Garn ging, nicht stichhaltig sein kann. Man muß sich vorher überlegen was man tut, und einmal darüber nachdenken, daß es um das Schicksal des Proletariats geht.

Wenn sich die Arbeiter mit diesen Dingen, mit ihrem eigenen Schicksal beschäftigen würden, würden sie ganz von selbst dahinterkommen. Aber sie tun dies noch nicht. Sie spekulieren immer noch auf die nächste „Lohnerhöhung“ und begäßtens noch auf den „Betriebsrätekongreß“. Dagegen ist natürlich mit Gewalt nichts zu machen. Aber die Gewerkschaften und die Demokratenrepublik werden ihnen schon selbst noch auf den Topf helfen, wenn sie jedesmal, wenn sie einen Gaunertrick vorhaben, dies ausdrücklich durch einen großen Bluff ankündigen. Für uns gilt es jedoch unermüdlich zu arbeiten an denen, die mit sich ringen, die Klarheit wollen. Ihnen gilt es zu sagen, daß das Proletariat die Produktion erobern muß! Daß es nicht gilt das Kapital zu „kontrollieren“, um bei dieser Kontrolle zu verrecken, sondern daß die Parole lautet: Sturz des Kapitals! Doch dazu ist etwas mehr nötig, als Resolutionen anzunehmen und Hunger zu schreien. „Dazu ist nötig: Der Druck mit den Gewerkschaften! Der Druck mit allen parlamentarischen Illusionen, und der unerschütterliche Willen auf den Trümmern der bürgerlich-demokratischen Ordnung, die kommunistische Ordnung aufzurichten!

Die Offensive des Kapitals

Streikbeschluß französischer Kohlenarbeiter

Paris, 11. 10. (WTB.) Nach einer Mitteilung aus Marseille haben heute die Dock- und Kohlenarbeiter eine Versammlung abgehalten, in der ihnen die Lage auseinandergesetzt und angekündigt wurde, daß die Kommune sich der der Bewegung anschließen. Die Versammlung hat von neuem für den Generalstreik gestimmt.

Nach einer WTB.-Meldung haben die Metallarbeiter in Havre die Arbeit wieder aufgenommen, unter den von den Unternehmern gestellten Bedingungen. Die Seeleute befinden sich jedoch noch im Streik, dem sich auch die Angestellten der Handelsmarine anschließen wollen. Der Kampf wird geführt gegen die Herabsetzung der Löhne. Auch die Bergarbeiter sind aus diesem Grunde in den Streik getreten. Die Bergarbeiter wenden sich in einem Aufruf an die deutschen Bergarbeiter, von ihrer „Wiedergutmachung“ in bezug auf Lieferung der Reparationskohle abzulassen, und sich auf ihre Solidarität zu besinnen! Daß die deutschen Gewerkschaften alles tun, um die deutschen Bergarbeiter von ihrer Pflicht abzuhalten ist selbstverständlich.

Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei

AZ. Prag, 11. Oktober.

Aus Mährisch-Ostrau wird gemeldet, daß der Streik im gesamten Bergbaugebiet ist. Angeblich 50 000 Bergarbeiter befinden sich im Ausstand. Im ganzen Revier herrscht Ruhe. In den Gruben und Kokereien werden nur die Notstandsarbeiten verrichtet.

In der Tschechoslowakischen Metallindustrie droht es ebenfalls zu einem Streik zu kommen. Die Metallindustriellen erklärten bekanntlich, daß eine Lohnerhöhungsforderung ihrerseits abgelehnt müsse. Die Arbeiterschaft erklärt diese Forderung für vollständig unannehmbar, da diese Maßnahme eine Herabsetzung der Löhne um 40 Prozent innerhalb 6 Monaten bedeute.

In der Tschechoslowakei bekommt das Proletariat die Schärfchen einer hohen Valuta zu spüren. Arbeitslosigkeit in riesigem Ausmaße infolge der Absatzkrise ist die Folge. Um den Konkurrenzkampf aufnehmen zu können, ist das einzige Mittel Lohnabbau. Die Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind von der KPTsch. bereits „erobert“, jedoch diese KP. spielt dort die Rolle, die die USP. eben ausgespielt hat. Ihre einzige Sorge ist die Sicherung von Ministersesseln durch die Arbeiterregierung, revolutionäre Elemente werden kurzerhand ausgeschlossen. — Immer dasselbe Lied. Das Proletariat kann eben seinem Schicksal nicht entgehen, wenn es nicht den Kampf um die Macht aufnimmt.

Wieder Rettungsaktionen

Die Periode der Rettungsaktionen hat wieder begonnen. Nachdem die Orientkrise vertagt ist, hat das europäische Kapital wieder Zeit gefunden, sich mit der Behebung der allgemeinen Wirtschaftskrise zu beschäftigen. Neue Gedanken sind nicht aufgetaucht, ebensowenig neue Mittel. Der Appell geht wieder an das amerikanische Kapital. England hat zu diesem Zweck seinen bedeutendsten Finanzmann, den früheren Schatzkanzler, Mac Kenna, vorgeschickt. Dieser hielt am 4. Oktober vor dem Verband amerikanischer Bankiers eine Rede, in der er die Lage des Kapitals schwarz in schwarz malte. Er hob hervor, daß von allen Schuldnerstaaten allein England in der Lage sei, seine Schulden zu begleichen. Es sei aber außerdem neben Amerika am meisten an der Regelung des Schuldnerproblems als der zweitgrößte Gläubiger interessiert. Die größte Schuldenlast habe Deutschland in der Reparationsschuld zu tragen. Sie betrage 33 Milliarden Dollar. Frankreich habe, Amerika und England zusammen, 6,5 Milliarden Dollar, und Italien denselben Gläubigern 4,2 Milliarden Dollars zu zahlen. Nach diesen beiden Staaten kom